

2010-07-13

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am 23.06.2010

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 19:27 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau
Leitung der Sitzung: Herr Dr. Exner Stadtratsvorsitzender
Herr Hoffmann 1. Stellvertreter

Anwesend: **Soll: 50** **Ist: 39**

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Pohl, Hans-Werner

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Schwierz, Andreas
Stabbert-Kühl, Sabine

Fraktion der SPD

Storz, Angelika

Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN

Grabner, Isolde
Weber, Ralf-Peter Dr.

Fraktion Pro Dessau-Roßlau

Böhler, Axel
Schröter, Steffen

Fraktion der FDP

Dammann, Karin
Neubert, Jürgen Dr.

Mitglied DVU

Knop, Ingmar

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, stellte die ordnungsgemäße Ladung zur Sitzung und Beschlussfähigkeit (mit derzeit 31 anwesenden Stimmberechtigten) des Gremiums fest.

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Nach dem Hinweis von Herrn Dr. Exner auf die Ergänzung der Tagesordnung um die Aktuelle Stunde gab es zur ausgereichten Tagesordnung von **Herrn Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, die Anträge, die Tagesordnungspunkte 9.7 und 9.8 in umgekehrter Reihenfolge zu beraten und zu beschließen sowie den TOP 9.21 vor 9.18 zu behandeln.

Prof. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, stellte den Antrag, den Tagesordnungspunkt 9.22 - Bürgerhaushalt der Stadt Dessau-Roßlau - als ersten Beschlusspunkt im TOP 9 einzuordnen.

Die **Anträge** zur Tagesordnung wurden jeweils **mehrheitlich angenommen**. Die **Tagesordnung** in der geänderten Fassung wurde **beschlossen**.

(Hinweis: In der Niederschrift wurde die veröffentlichte Reihenfolge der Tagesordnungspunkte beibehalten.)

3. Genehmigung der Niederschrift vom 12. Mai 2010

Der Niederschrift zur Sitzung des Stadtrates vom 12. Mai 2010 wurde mit 5 Enthaltungen genehmigt.

4. Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Zu Beginn seines Berichtes wies **Oberbürgermeister Koschig** auf ein Jubiläum in unserer Stadt am 22. Mai hin. An diesem Tage konnte auf 5 Jahre Notfall-Seelsorge zurück geblickt werden. Es war ein langer Weg bis dahin, die Erfahrungen auf den Hochwasserdeichen des Jahres 2002 ermutigten zu einem neuen Start und es sind nun 30 Aktive rund um die Uhr bei Notfällen im Einsatz. Jüngstes Beispiel war das Busunglück der dänischen Reisegruppe auf der Autobahn, wo die Notfallseelsorge im Einsatz war.

Auf eine 15jährige Tätigkeit in unserer Stadt kann die Telefonseelsorge verweisen, auch dies war Anlass für eine kleine Feierstunde.

Gebietsänderungsangelegenheiten - Der Landtag hat nach drei Jahren endgültig die neuen Gemeinden bestimmt und 129 Orte gegen ihren Willen zugeordnet. Wörlitz und Vockerode werden nun gemeinsam mit dem Gemeinden Brandhorst, Gohrau, Griesen, Horstdorf, Kakau, Stadt Oranienbaum, Rehsen und Riesigk die neue Stadt Oranienbaum-Wörlitz bilden. Eine Beratung mit den beiden Bürgermeistern ist in Vorbereitung. Gegebenenfalls werde auch eine Beratung evtl. in einem größeren Rahmen mit den Fraktionsvorsitzenden durchgeführt, um dies noch einmal zu bewerten und gegebenenfalls Schritte einzuleiten. Thießen hat angekündigt, auch nach dem Beschluss weiter zu

kämpfen. Eine Zwangszuordnung zu Coswig will die Gemeinde nicht akzeptieren und Rechtsmittel einlegen. Die Zuordnung von Wörlitz und Vockerode soll zum 1.1.2011 vollzogen werden, die der Gemeinde Thießen schon zum 1. September 2010.

Sport - Am Dienstag, dem 11. Mai 2010 fand auf dem Dessauer Marktplatz der Auftakt des Bewegungs-Camps 2010 des Deutschen Leichtathletik-Verbandes statt.

Dessau-Roßlau war dabei und die einzige Station in den neuen Bundesländern. Über 700 Schülerinnen und Schüler aus den Dessau-Roßlauer Schulen waren an diesem Vormittag an zehn verschiedenen Stationen auf dem Marktplatz sportlich aktiv.

Am Freitag, dem 28. Mai 2010 fand im Dessauer Paul-Greifzu-Stadion die 12. Auflage des internationalen Leichtathletik-Meetings statt mit vielen guten Leistungen und zwei neuen Stadionrekorden. An dieser Stelle sprach Herr Koschig den 150 ehrenamtlichen Helfern seinen herzlichen Dank aus.

Schule - Die Fertigstellung der Sanierung der Sporthalle Grundschule „Zoberberg“ aus dem Investitionsprogramm „Zukunft, Bildung und Betreuung“ (IZBB) erfolgte mit einem Wertumfang von ca. 500 T€

In Übereinstimmung mit den Zielen der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung sind die Arbeiten aus dem Konjunkturpaket II und dem baulichen Unterhalt der Stadt am neuen Grundschulstandort Kochstedt fertig gestellt. Der Umzug wird vorbereitet. Der Wertumfang beträgt ca. 550 T€

Am 17. Juni 2010 erfolgte die Eröffnung der Bildungsberatungsstellen – B-Punkte an 4 Orten im Rahmen des Bundesprogramms „Lernen vor Ort“.

In der vorigen Woche hatten wir einen Schülerzirkus der Regenbogenschule, was ein sehr schönes Projekt war.

IBA Dessau-Roßlau - Bisher haben fast 2400 Besucher die IBA-Stadtpräsentation gesehen. Knapp 550 Besucher wandelten im Rahmen von Führungen, Vorträgen, Presse-reisen, Radtouren schon entlang des „Roten Fadens“. Die Stadt Dessau-Roßlau bekommt mit ihrem Beitrag an der IBA sehr positive Resonanz.

Weitere Höhepunkte:

- Am 17. Juni 2010 war die feierliche Eröffnung der Baustelle Kreisverkehr an den Sieben Säulen. Am Tag darauf, am 18. Juni 2010 fand das Richtfest für die Alte Bäckerei in der Johannisstraße statt.
- Vom 13. Mai bis 16. Mai 2010 war das Elbmusikfest des Anhaltischen Theaters mit einer hervorragenden Resonanz. Hier ist vor allem die Aufführung des Crash-Konzerts, wie GMD Hermus dies nannte, von Carmina Burana mit über 1500 Personen im Theater zu erwähnen.
- Die nächste Generation der Jugendbotschafter konnte am 26. Mai 2010 im Beisein des Schirmherrn, Landtagspräsident Steinecke, ausgezeichnet werden.
- Am 29. Mai 2010 fand der alljährliche Verkehrstag auf dem Gelände der Verkehrswacht, Alte Landebahn, statt.
- Am 6. Juni war die Übergabe des Zuwendungsbescheides für UNESCO-Welterbestätten in Höhe von 6,6 Mio. EUR, davon 2,5 Mio. EUR für die Erstellung eines Konzeptes für das Weltkulturerbe Bauhaus und die Sanierung des Schlosses Georgium.

- Am 5. Juni war der traditionelle Rossmarkt in Roßlau und
- am 6. Juni der Evangelische Landeskirchentag in Dessau-Roßlau. Der Stadtpark hat sich erneut als eine gute Veranstaltungsstätte erwiesen.
- Gleichzeitig hatte das Anhaltische Theater zum Tag der offenen Tür eingeladen.

Herr OB Koschig erinnerte an dieser Stelle an die Festveranstaltung – 20 Jahre Stadtverordnetenversammlung/Stadtrat am 4. Juni im Rangfoyer des Anhaltischen Theater. Besonders die Stadtverordneten der ersten Stunde haben diese Einladung dankbar angenommen.

Erst vor kurzem haben wir die Teilnahme am STARK II beschlossen und schon am 9. Juni 2010 konnte Frau Nußbeck von den Ministern Bullerjahn und Hövelmann sowie des Direktors der Investitionsbank Sachsen-Anhalt, Herrn Maaß, einen Fördermittelbescheid in Höhe von ca. 11 Mio. EUR entgegennehmen.

Am 11. Juni 2010 jährte sich zum 10. Mal der Todestag von Alberto Adriano. Dazu fand eine Gedenkveranstaltung im Stadtpark im Beisein des Landtagspräsidenten Steinecke, des Ministers Hövelmann, des Bundesvorsitzenden der Grünen Cem Özdemir sowie Bundestags- und Landtagsabgeordneten statt. Stadtratsvorsitzender Dr. Exner hielt in Vertretung des OB die Ansprache seitens der Stadt Dessau-Roßlau, wofür Herr Koschig ihm an dieser Stelle ausdrücklich dankte.

Am 18. Juni 2010 war Guy Stern, langjähriger Vizepräsident der Kurt-Weill-Foundation, in unserer Stadt. Er ist einer der „Begründer“ des Kurt-Weill-Festes in unserer Stadt und längst ein vertrauter Freund und Botschafter für eine noch vertiefendere Zusammenarbeit unserer Weill-Gesellschaft mit der New Yorker Weill-Foundation.

Im Hinblick auf die umfangreiche Tagesordnung dieses Tages und mit dem Hinweis auf den ausgereichten Bericht zum Baugeschehen und der Information zum Hochwasser beendete Herr OB Koschig seinen Bericht.

Abschließend sprach er Einladungen

- zum Leopoldsfest vom 2. bis 4 Juli 2010,
- zum Festumzug am Sonntag, 4. Juli,
- sowie zu den Aufführungen „Die Socken Opus 124“ des Anhaltischen Theaters mit unserem Ehrenbürger Dieter Hallervorden in dieser Woche aus.

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung am 12. Mai 2010 wurden

- einstimmig Infrastrukturmaßnahmen im Gewerbegebiet DHW Rodleben und Industriehafen Roßlau zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Dessau-Roßlau,
- ein Verkauf eines Grundstückes im Industrie- und Gewerbegebiet Flugplatz sowie
- für ein Unternehmen ein Gewerbesteuererlass

beschlossen.

5. Bericht der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Dessau-Roßlau

Frau Falkensteiner gab den Bericht über ihre Tätigkeit in den vergangenen zwei Jahren. Die Präsentation wurde ebenfalls in Schriftform jedem Mitglied des Stadtrates übergeben.

Es gab keine Nachfragen.

6. Einwohnerfragestunde

Herr Ralf Grußkop, wohnhaft in Dessau, Kleinring 38, stellte eine Anfrage bezüglich der Straßenausbaumaßnahme Oberflächenentwässerung im Querweg. Diese Straße grenzt an sein Grundstück und es geht um die Unkostenbeitragsverteilung auf 8 Parteien. Diese werden als Anlieger bezeichnet, obwohl keiner von ihnen seine Adresse im Querweg hat und nur eine der betreffenden Parteien hat ihre Zustimmung zum Bauvorhaben gegeben. Er sei einer der 6 von 8 betroffenen Anliegern, die der Maßnahme ablehnend gegenüber stehen und stelle die Frage, warum einige wenige für etwas bezahlen sollen, was alle Anlieger vom Klein- und Mittelring gleichermaßen nutzen. Der Querweg wurde ursprünglich von den Planern zum Zweck der optimalen Anbindung der Bauhaussiedlung in zwei Richtungen - östlich an die Kreuzbergstraße und westlich über die Doppelreihe an die Heidestraße - angelegt.

Der auf seinen Haushalt zukommende Unkostenbeitrag wird etwa 6x so hoch sein, wie der unserer Nachbarn im Kleinring. Hier liege s. E. eine eklatante Ungleichbehandlung vor, die durch die derzeitige Straßenausbaubeitragssatzung gedeckt wird. Herr Göricke wies am 16.12.2009 mit Recht darauf hin, dass die derzeitige Fassung der genannten Satzung in dem Punkt dringend reformbedürftig ist. Der Vorschlag von ihm, die Kosten für die Baumaßnahme im Querweg auf alle Nutzer im Klein- und Mittelring umzulegen, ist mehr als gerechtfertigt. Er schließe sich als Betroffener diesem Vorschlag an und bitte um dessen Realisierung.

Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung, merkte an, das Thema sei der Verwaltung bekannt und es werde bereits an einer Lösung gearbeitet. Wie diese aussehen wird, könne er noch nicht sagen, da es auch ein rechtliches Problem darstellt.

Herr Roland Gebhardt, Ortsbürgermeister von Kleutsch, erinnerte daran, vor einigen Wochen hier ebenfalls mit Kindern und Eltern aus Rodleben gestanden und um die Erhaltung des Kindergartens gebeten zu haben. Er möchte sich in diesem Zusammenhang heute beim Oberbürgermeister und allen interessierten Stadträten herzlich für die Unterstützung und Zusammenarbeit bedanken, dass der Kindergarten in Kleutsch erhalten bleiben kann. An die sich nicht zur Wort gemeldeten Stadträte gewandt, merkte er an: Mit Schweigen löst man keine politischen Aufgaben in dieser Stadt!

Von den Kindern aus Kleutsch wurde den Stadträten und der Verwaltung ein selbst gebastelter Blumengruß zum Dank übergeben.

Weiterhin verwies Herr Gebhardt auf den Brand eines Einfamilienhauses einer 6-köpfigen Familie in der vorigen Woche. Es wurde nichts unterlassen, um der Familie zu helfen. So wurde ein Spendenaufruf gestartet und am kommenden Samstag wird hier im alten Innenhof des Rathauses Dessau auch dank der Unterstützung der Stadt ein

Benefizkonzert stattfinden, in dem vor Ort nochmals für die Familie gespendet werden kann. Eine Ausstrahlung des Konzertes erfolgt über den MDR.

Vom City-Net-Verband sprach **Herr Oliver Deweß** für die Initiative „Land braucht Stadt“. Er richtete sich an das Gremium und wies auf die am nächsten Tag, 18.00 Uhr, im Krötenhof stattfindende Veranstaltung zum Bürgerhaushalt hin.

Herr Krabbes, Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen, stellte an Herrn Dr. Raschpichler die Frage, warum er trotz Ankündigung seiner Teilnahme nicht an der Gedenkfeier für Alberto Adriano teilgenommen habe. **Herr Dr. Raschpichler, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales, Bildung und Kultur**, antwortete direkt und bestätigte, sich zwar hierfür angemeldet, aber parallel an einem Treffen der Kulturdezernenten Sachsen-Anhalts und Niedersachsens teilgenommen zu haben. Terminlich sei es dann nicht möglich gewesen, rechtzeitig zur Gedenkveranstaltung zu kommen. Er habe aber durch sein Büro den Veranstalter unterrichten lassen, dass seine Teilnahme nicht möglich ist. Inwieweit es dann nötig ist, noch ein Schild aufzustellen, obwohl bekannt ist, dass jemand verhindert ist, ist eine andere Frage. Ihm war allerdings auch nicht bewusst, dass er der einzige Vertreter der Stadt gewesen wäre. Insofern bedaure er den öffentlichen Eindruck, bitte aber um Verständnis, dass es oftmals Terminprobleme gibt, die man dann schwer lösen kann.

7. Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1 Dritter Beteiligungsbericht der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: DR/IV/023/2010/II-20

Prof. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, stellte folgende Anfragen zum Komplex Flugplatz.

- Er bezog sich auf Seite 16, wo über eine Befragung zur Nutzung des Flugplatzes berichtet wird und es wörtlich heißt „Die Auswertung auf der Basis des Rücklaufes erbrachte ein positives Ergebnis.“ Prof. Schmidt habe bereits schon einmal gesagt, dass etwa 300 Fragebögen versandt wurden, wovon sich 10 positiv zum Flugplatz ausgesprochen haben. Aus diesem Grunde fragte er Frau Beigeordnete Nußbeck, wie es zu dieser Formulierung gekommen ist.
- Auf den Seiten 71/72 werde ausgeführt, dass die firmeneigene Cessna im Jahr 2008 einen Getriebeschaden hatte und dies erst 2009 behoben werden konnte. Hierbei interessierten Prof. Schmidt, welche Kosten hier entstanden sind.
- Die mittelfristige Unternehmensplanung des Flugplatzes werde auf Seite 72 thematisiert. Hier fragte Prof. Schmidt nach, wie die vorgeschriebene Mindestlänge der Startlandebahn sei und ob vorgesehen ist, diesen Mangel abzustellen oder welche Strategien es bei der Flugplatzgesellschaft gibt.

Der Beteiligungsbericht sei eine Zusammenstellung der Berichte der einzelnen Unternehmen, erklärte **Frau Beigeordnete Nußbeck**. Hierfür werden die Jahresabschluss- und Geschäftsberichte sowie vor allem der Lagebericht verwendet. Insofern beruhen die Formulierungen ausschließlich auf den Zuarbeiten der Unternehmen. Die beiden anderen Fragen werde sie aufnehmen und eine Beantwortung nach Rücksprache mit der Geschäftsführung veranlassen.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

7.2 Information zum Abschluss der Teilnahme der Stadt Dessau an der Gemeinschaftsinitiative URBAN II in der Strukturperiode 2000 bis 2006 Vorlage: DR/IV/048/2010/VI-61

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

7.3 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

- Sich auf seine Anfrage zum Euro-Camp in der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 10.06.2010 beziehend, fragte **Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, nach dem aktuellen Stand.

Die Frage ist an das Amt 12, Gebietsangelegenheiten, übermittelt worden, erwiderte **Herr Beigeordneter Dr. Raschpichler**. Herr Schwarzbach kümmert sich um dieses Thema. Es wurden die Partnerstädte ausgewählt, die Studenten und Schüler schicken wollen und es wurde darum gebeten zu prüfen, inwieweit die Zahl der Gäste erhöht werden kann.

- In den heutigen Vormittagsstunden ist der Bauantrag für den 1. Bauabschnitt zur Errichtung des Zentrums am Kristallpalast durch den Investor eingereicht worden, berichtete **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**.

Des Weiteren richtete er eine Bitte an die Verwaltung. Er möchte im Rahmen der Planung für den Bauausschuss ein Thema benennen, welches seiner Fraktion wichtig ist. Man möchte die gegenwärtigen Unterlagen des aktuellen Zentrenkonzeptes verglichen mit dem Entwurf der Masterplanung Kultur im Sinne von Stadtentwicklung. Wenn auch andere Ausschüsse dieses Thema auf die Tagesordnung setzen möchten, können sie dies gern tun.

- **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, fragte nach dem weiteren Verfahren zum Leitbild und welche Zeitschiene hier existiert.

Aufgrund der zahlreichen Einsparvorschläge von Bürgern über die Webseite der Stadt erhebt sich weiterhin die Frage, was damit passiert. Wichtig wäre ihm, dass diese Bürger eine Rückmeldung bekommen und im Stadtrat ein Verfahren verabredet wird.

Alle Einsender haben einen Bescheid bekommen, erklärte Herr Oberbürgermeister Koschig. Ansonsten sei man momentan beim Sichten der Vorschläge, bei denen es auch einige gibt, die längst durch die Verwaltung umgesetzt sind und man sogar schon weiter ist, als der Bürgervorschlag reicht. Wie im Einzelnen mit den Vorschlägen umgegangen wird, sei man im Gespräch.

Zum Leitbild führte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, aus, derzeit seien alle Anregungen ausgewertet worden. Sie müssen noch abgewogen und nochmals bewertet werden. Es besteht die Hoffnung, dass in einer der nächsten Stadtratssitzungen im Herbst dann das Leitbild vorgestellt werden kann. Überlegt werde, ob zuvor nochmals eine gemeinsame Sitzung der 5 Ausschüsse durchgeführt wird, da sich gezeigt hatte, dass das Leitbild eigentlich die Zusammenfassung von vielen Gesprächen, auch mit Beteiligung der Politik, ist. Festzustellen ist, dass hier nochmals modifiziert werden muss. Jedoch zeigt sich jetzt schon, dass es hier widerstrebende Diskussionen gibt.

Außerhalb der Tagesordnung wurde folgende Information im Anschluss an die öffentlichen Beschlussfassungen durch **Herrn Beigeordneten Hantusch** gegeben:

Das Gutachten zur Zoberbergschule liegt vor. Darin werden unsere bisherigen Feststellungen und Maßnahmen sachlich bestätigt: Überschreitung von gültigen Innenraumrichtwerten und toxisch relevante Konzentrationen von Schadstoffen lagen nicht vor. Die Geruchsbelästigung wurde als Baumangel bestätigt. Begründet wurde dies mit auffälligen geruchsintensiven Einzelstoffen und der Überschreitung eines voraussichtlich ab Herbst dieses Jahres gültigen Richtwertes für Kresol.

Weil die Freisetzung der Geruchsstoffe im Zusammenhang mit einer Änderung des Emissionsverhaltens des elastischen Bodenbelages in feuchter, alkalischer Umgebung steht, vermutet der Gutachter, dass die Belaguntergründe feucht und noch nicht belegreif waren. Altlasten und andere Baustoffe werden als Quelle ausgeschlossen. Der Ausbau des Belages, inklusive Estrich, wird wie bisher durchgeführt und als erforderliche und gleichzeitig zulässige Maßnahme zur Beseitigung des Problems bestätigt.

Nunmehr werden die am Verfahren Beteiligten ihre Stellungnahme zu diesem Gutachten einreichen. Dann werde es mit den Gutachtern ein Gespräch geben. Man schätze, dass sich möglicherweise ein mehrjähriger Rechtsstreit anschließt. Wichtig ist, dass im Sommer 2009 39 Räume saniert wurden. Dabei wurden die Beläge und der Estrich entfernt und neuer Estrich eingebracht. Zudem wurde die Sanierung weitergeführt und bis auf 8 Gutachterräume wird die Gesamtmaßnahme nach den Sommerferien abgeschlossen sein. Nach der aktuellen Prognose werde man für die Sanierung und Beweissicherung voraussichtlich 660 T€ ausgegeben haben. Man wisse nicht, ob man das Geld wieder sieht. Man müsse aber sagen, gerade weil am Anfang sehr viel Aktionismus von einigen entfaltet wurde, die beteiligten Ämter 40 und 65 haben absolut besonnen und verantwortungsbewusst gehandelt und demnach die Kosten begrenzt. Wäre man bestimmten Forderungen nachgekommen, hätte man erheblich höhere Kosten gehabt.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

- 8. Einbringung der Unterlagen für den Haushalt der Stadt Dessau-Roßlau 2010 und Folgejahre**
- 8.1 Haushaltskonsolidierungskonzept**
- 8.2 Haushaltssatzung, Haushaltsplan, Finanzplan und Stellenplan**

Frau Beigeordnete Nußbeck begann ihre Ausführungen zur Einbringung des Haushaltes und des Haushaltskonsolidierungskonzeptes für das Haushaltsjahr 2010 mit dem Hinweis, dass außergewöhnliche Situationen außergewöhnliche Reaktionen erfordern. Vieles in und an diesem Haushalt 2010 ist außergewöhnlich, allerdings auch ausschließlich der besonderen Situation geschuldet, in der sich die Stadt seit Anfang des Jahres befindet.

Zunächst skizzierte sie nochmals die Rahmenbedingungen:

Am 16. Dezember 2009 wurde das neue Finanzausgleichsgesetz des Landes beschlossen, mit dem die Stadt nunmehr Mindereinnahmen in Höhe von insgesamt 8,5 Mio. EUR zu verzeichnen hat. Gleichzeitig wurde ab 2010 die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft gesenkt, sind krisenbedingte Steuermindereinnahmen zu

verzeichnen sowie die Auswirkungen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes und Tarifierhöhungen der Beschäftigten zu verkraften.

Trotz intensiver Konsolidierungsanstrengungen in den Vorjahren, die eigentlich dazu geführt hätten, dass gemäß ursprünglicher Finanzplanung in 2010 erstmals kein strukturelles Defizit mehr ausgewiesen werden sollte, sind nunmehr zusätzlich fast 18 Mio. EUR strukturelles Defizit entstanden.

Seit 2003 befindet sich die Stadt in der Haushaltskonsolidierung und hat bereits erhebliche Anstrengungen bei der Konsolidierung unternommen. Insbesondere in den letzten drei Jahren wurden umfangreiche Maßnahmen erfolgreich ergriffen.

In 2006 und 2007 wurde im Rahmen der Fusion der Städte Dessau und Roßlau erfolgreich die Verwaltungszusammenführung geplant und durchgeführt. Dies führte von Beginn an zu erheblichen Personalkosteneinsparungen im Gesamtumfang von 1,1 Mio. EUR bis 2018.

Im Jahr 2008 wurden mit der Untersuchung durch Rödl & Partner kumulierte Konsolidierungsbeiträge in Höhe von 32,3 Mio. EUR bis 2016 für die kommunalen Unternehmen ermittelt und am 22. Oktober 2008 weitgehend durch Beschlussfassungen des Stadtrates umgesetzt.

Im Jahr 2009 wurde in einem weiteren Schritt die Kernverwaltung einer Untersuchung durch Rödl & Partner unterzogen und kumuliert bis 2016 weitere 21,2 Mio. EUR an Konsolidierungsbeiträgen ermittelt. Darin enthalten sind Personaleinsparungen in Höhe von 76 Stellen. Auch diese Einsparungsvorschläge wurden in einem ersten Schritt im Umfang von 56 Stellen untersetzt und bereits am 11. November 2009 durch den Stadtrat beschlossen.

Auf Grund der positiven Steuereinnahmen und dem besten Jahresergebnis seit Jahren war es mit der Jahresrechnung 2008 sogar möglich, Verlustvorträge aus Vorjahren abzubauen.

Nunmehr führen die zuvor genannten völlig geänderten Rahmenbedingungen jedoch dazu, dass ab 2010 weitere Einsparungen von jährlich mindestens 10 Mio. EUR notwendig werden bzw. pro Jahr 1,1 Mio. EUR zusätzlich, je später die Maßnahmen beginnen. Somit sind 13,5 Mio. EUR notwendig, wenn die Maßnahmen zum größten Teil erst nach 2013 greifen. Denn das Ende des Konsolidierungszeitraumes steht mit dem Jahr 2018 gesetzlich fest.

Vor diesem Hintergrund hat der Oberbürgermeister eine Interne Prüfliste erarbeiten lassen, die Konsolidierungsvorgaben enthält, jedoch ausdrücklich auch alternative Vorschläge zulässt. Die einzige Anforderung an die Konsolidierungsvorschläge der Ämter besteht darin, dass sie konkrete Maßnahmen mit Einsparbetrag und Auswirkung beschreiben müssen. Für die Haushaltskonsolidierung hat der Oberbürgermeister gleichzeitig Prämissen festgelegt:

- oberzentrale Aufgaben sollen weitgehend erhalten bleiben,

- oberste Priorität bei den freiwilligen Leistungen hat die Stärkung des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes Dessau-Roßlau, weil nur das die Voraussetzungen dafür schaffen kann, dass die Stadt dem Abwärtstrend entgegenwirkt
- eine Anpassung der Einrichtungen in der Stadt an die demografische Entwicklung ist unumgänglich, das betrifft nicht nur weitere Schulen und Kindertagesstätten, sondern auch Sport-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen
- weitere Personalkürzungen im pflichtigen wie im freiwilligen Bereich sind daher notwendig
- der weitere Personalabbau soll möglichst sozialverträglich erfolgen, betriebsbedingte Kündigungen können jedoch nicht mehr ausgeschlossen werden
- die Erledigung von Aufgaben durch freie Träger bzw. Dritte geht vor Erledigung mit eigenen Kräften
- Ehrenamtliches Engagement ist zu fördern, um Aufgaben auch hierin zu verlagern (nur freiwilliger Bereich)
- die Schaffung der Voraussetzungen für die Teilnahme am Entschuldungsprogramm ist unabdingbar, das heißt genehmigungsfähiger Haushalt inkl. Haushaltskonsolidierungskonzept
- Veräußerungen von Unternehmen bzw. Unternehmensanteilen sind keine Option zur Konsolidierung in der Krise

Zu dem vorliegenden Entwurf des Haushaltsplanes 2010 und des Haushaltskonsolidierungskonzeptes 2010-2018 ging **Frau Beigeordnete Nußbeck** auf einige wesentliche Inhalte der heute ausgereichten Unterlagen ein und hierzu auf die ausgereichte Tischvorlage, die die genannten Zahlen nochmals enthält.

Der **Verwaltungshaushalt 2010** beinhaltet

Einnahmen in Höhe von	162,2 Mio. EUR
und Ausgaben in Höhe von	193,1 Mio. EUR
Das Defizit 2010 beträgt damit	30,9 Mio. EUR
davon sind Sollfehlbeträge	
aus Vorjahren	15,7 Mio. EUR
und laufendes Defizit	15,2 Mio. EUR

Die Einnahmen sind im Plan 2010 gegenüber 2009 um insgesamt 5,5 Mio. niedriger und die Ausgaben gleichzeitig um 1,8 Mio. höher. Der Fehlbedarf ist somit um 7,3 Mio. EUR höher gegenüber dem Vorjahr.

Gegenüber der ursprünglichen Finanzplanung 2009 ist das Defizit allerdings um sage und schreibe 17,7 Mio. EUR höher. Dies macht die gravierende Verschlechterung der Situation deutlich.

Obwohl Frau Nußbeck eingangs schon allgemein etwas zu den veränderten Rahmenbedingungen gesagt hatte, benannte sie an dieser Stelle nochmals die wesentlichen Ursachen für diese Verschlechterung:

Mindereinnahmen bei Zuweisungen nach dem FAG	2,9 Mio. EUR
---	--------------

Gemeindeanteile an den Gemeinschafts- steuern (EinkSt. + USt)	1,3 Mio. EUR
Zinseinnahmen Deponie und Eigenkapital vom Stadtpflegebetrieb	1,1 Mio. EUR
Ausgleichsleistungen für KdU	rd. 1,0 Mio. EUR
sowie Mehrausgaben bei Rückzahlung Zinserträge Deponierücklage Vorjahre an Eigenbetrieb	
	1,5 Mio. EUR
Personalausgaben (ohne KITA)	1,6 Mio. EUR
Leistungen nach dem SGB II	rd. 600 TEUR
Der Vermögenshaushalt 2010 umfasst Einnahmen und Ausgaben in Höhe von	65,6 Mio. EUR

Das sind 9,8 Mio. EUR mehr im Vergleich zu 2009, was aber im Wesentlichen aus der höheren Umschuldung von Krediten resultiert. Der tatsächliche Investitionsumfang sinkt gegenüber 2009 um 6,5 Mio. EUR.

Am gravierendsten wirkt ab dem Jahr 2010, dass 5,8 Mio. EUR weniger an Investitionshilfen nach dem neuen FAG zur Verfügung stehen. Das ist eine Reduzierung um mehr als die Hälfte und führt dazu, dass noch weniger Eigenmittel zur Finanzierung von Fördermittelprogrammen verfügbar sind.

Aus diesem Grund ist es im Haushalt 2010 notwendig, alle tilgungsbezogenen Einnahmen des Vermögenshaushaltes zur Finanzierung der Investitionen zu verwenden, die damit nicht mehr zur Haushaltskonsolidierung entsprechend Maßnahme Nr. 91000-4 eingesetzt werden können.

Die **Pflichtzuführung vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt** liegt im Plan 2010 gegenüber 2009 um 1,3 Mio. EUR höher.

Gleichzeitig ist im **Vermögenshaushalt 2010** eine große Anzahl von Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II enthalten, die mit ihrer 87,5%-Förderung sehr günstig ausfinanziert sind.

An dieser Stelle ging Frau Nußbeck ausdrücklich nicht auf weitere Einzelheiten ein. Eine umfassende und übersichtliche Zusammenstellung der wesentlichen Maßnahmen ist im Vorbericht zum Haushalt Seite 89f. zu ersehen.

Zum **Haushaltskonsolidierungskonzept 2010 bis 2018** kommend, erklärte Frau Nußbeck weiter, wie sie zu Beginn bereits ausgeführt habe, ergibt sich für die Stadt die Notwendigkeit, zusätzliche Konsolidierungsbeiträge im Umfang von rd. 13,5 Mio. EUR jährlich ab 2013 zu generieren, wenn der vollständige Haushaltsausgleich bis 2018 wieder hergestellt werden soll. Dass dies dringend geboten ist, ergibt sich einerseits aus der gesetzlichen Vorgabe, andererseits jedoch auch aus der Chance, die sich aus dem Teilentschuldungsprogramm des Landes STARK II ergibt. Um die Voraussetzungen für die Teilnahme an dem Programm zu erfüllen, ist ein von der Kommunalaufsicht akzeptiertes Konsolidierungskonzept zwingend.

Dass dies eine einmalige Chance ist, wird allein daraus ersichtlich, dass die Kredit-schulden bis 2018 auf rd. 13 Mio. EUR reduziert werden. Das hat zur Folge, dass wir bis 2020 voraussichtlich fast vollständig schuldenfrei sind und bietet damit völlig neue Handlungsspielräume.

Das vorliegende Konsolidierungskonzept untersetzt derzeitig neue Maßnahmen im Umfang von insgesamt 7,8 Mio. EUR. Nach wie vor stellen die Personaleinsparungen den Löwenanteil an den Gesamteinsparungen. Im Haushaltskonsolidierungskonzept 2009 war bereits eine Einsparung von 421,9 Stellen ausgewiesen, davon waren 222,3 Stellen durch die Ausgliederung in den Eigenbetrieb KITA begründet.

Das aktuelle Konsolidierungskonzept enthält nunmehr Einsparungen im Umfang von insgesamt 279 Stellen, die ausschließlich den Kernhaushalt betreffen, das heißt ohne die Ausgründung des Eigenbetriebes KITA. Darin enthalten sind 122,3 neue KW-Stellen.

Die im Jahr 2009 durchgeführte Untersuchung von Rödl & Partner zum Kernhaushalt hatte aus Sicht von Frau Nußbeck zwei wesentliche Ergebnisse: Zum einen die Einsparvorschläge von insgesamt 76 Stellen aus Effizienzerhöhungen im Bereich der Pflichtaufgaben und zum anderen die Aussage, dass damit die Effizienzreserven ausgeschöpft sind.

Weitere Personaleinsparungen können daher nur noch in Verbindung mit Aufgabeneinschränkungen oder komplettem Aufgabenverzicht sowie im Rahmen von demografischen Anpassungen erfolgen. Dies kann jedoch den freiwilligen Bereich nicht ausnehmen.

Darüber hinaus fehlen noch konkrete Maßnahmen im Umfang von 5,7 Mio. EUR. Deshalb bestehen weitere Prüfaufträge im Umfang von 7,9 Mio. EUR, die zwar im Konzept ausgewiesen sind, jedoch wertmäßig noch nicht in der Finanzplanung berücksichtigt werden konnten.

Die Zusammenstellung dieser Prüfaufträge ist in der Anlage 3 der Beschlussvorlage zum Konsolidierungskonzept zu finden. An diesen Prüfaufträgen wird weiter gearbeitet, um die Ergebnisse in das Konzept einzuarbeiten.

Hierbei muss jedoch auch verdeutlicht werden, dass mehrere Vorschläge die Einbeziehung des Bundes bzw. des Landes erfordern und dass hier intensive Verhandlungen mit einem Dritten zu führen sind. Damit sind die Ergebnisse nicht ausschließlich durch die Stadt steuerbar. Das trifft jedenfalls für die Vorschläge zu, die sich auf das Theater, das Georgium sowie auf die Meisterhäuser beziehen. Diese weiteren Prüfaufträge sollen innerhalb der nächsten Wochen abgearbeitet werden und das Ergebnis im Rahmen von Beschluss- bzw. Informationsvorlagen dem Finanzausschuss und den entsprechenden Fachausschüssen vorgelegt werden.

Obwohl der Gesamtumfang der Prüfaufträge den offenen Konsolidierungsbetrag um 2,2 Mio. EUR übersteigt, ist damit zu rechnen, dass weitere Alternativvorschläge notwendig sein werden. Dies wird auch erforderlich, wenn einzelne Maßnahmen des jetzt bereits unteretzten Teils nicht mehrheitsfähig sind.

Frau Beigeordnete Nußbeck appellierte deshalb ausdrücklich an das Verantwortungsbewusstsein aller Stadträte für die gesamte Stadt: Es genügt nicht nur zu sagen, was nicht geht, es gehört auch dazu zu sagen, was stattdessen gemacht werden soll. In diesem Sinne drückte sie ihre Hoffnung auf eine erfolgreiche Haushaltsdiskussion aus.

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, erinnerte daran, dass seine Fraktion angefordert hatte, im Zuge der Ausreichung des Haushaltes die Stellungnahmen der Ämter zu den einzelnen Konsolidierungspunkten der besagten Liste mit zu übergeben. Daraufhin führte **Frau Beigeordnete Nußbeck** aus, dies sei ganz bewusst noch nicht herausgeschickt worden. Man finde einen Großteil der Antworten letztlich im Konsolidierungskonzept als Vorschläge wieder. Die noch nicht abgearbeiteten finde man als Prüfaufträge wieder. Im Finanzausschuss sollte man sich dann darüber verständigen, welche Maßnahmen konkreter betrachtet werden, schlug Frau Nußbeck vor.

Herr Bönecke signalisierte seine Zustimmung.

Aktuelle Stunde zum Thema "Förderprogramm Soziale Stadt"

Als Antragsteller der Aktuellen Stunde erhielt **Prof. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, das Wort. Er führte aus, es seien zwei aktuelle Ereignisse, welche seine Fraktion veranlasst haben, die Aktuelle Stunde zu beantragen. Erster Anlass war die Aussage von Frau Nußbeck in der letzten Sitzung des Stadtrates, dass in den Haushalt 2010 für das Förderprogramm Soziale Stadt kein einziger EURO eingestellt wurde. Zweiter aktueller Anlass war eine Pressemitteilung und der Bericht der Volkssolidarität 92 im Bauausschuss. Hier ging es um ein Betreutes Wohnen und Altenzentrum, welches ursprünglich in der Heideschule errichtet und nun in der Elballee realisiert werden soll.

Im November 2007 wurde die Teilnahme der Stadt Dessau-Roßlau am Förderprogramm mit dem Gebiet Innenstadt beschlossen. Die Gründe waren damals zunehmende soziale Probleme in diesem Gebiet, wie eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit, eine verfestigte Armut, vor allem bei Kindern, und eine Überalterung der Bevölkerung. Offensichtlich fehle es aber der Verwaltung am Willen und an der Fähigkeit, etwas zur Verbesserung der Situation zu tun. Die Zusammenlegung der beiden Einrichtungen Station Junger Techniker und Schülerfreizeitzentrum erfolgte letztlich am Standort Schaftrift und damit außerhalb des Innenstadtgebietes. Angebote für Kinder und Jugendliche in der Innenstadt fallen somit ersatzlos weg. Das Konzept für die Jugendfreizeiteinrichtungen der Innenstadt und deren Standorte, welches seit Mitte 2009 angefordert wird, liegt trotz des Stadtratsbeschlusses vom März 2010 bis heute nicht vor. Der Beigeordnete Dr. Raschpichler stellte wiederholt und weiterhin Arbeitsergebnisse für die Zukunft in Aussicht, was die Fraktion Bürgerliste/Die Grünen nicht zufrieden stellen kann. Auch der Beschluss des Stadtrates, die Möglichkeiten, Voraussetzungen und auch die Effekte zu prüfen, ob in der alten Heideschule ein Bürgerzentrum etabliert werden kann, was mit den sozialen Trägern vor Ort entwickelt wird und womit Sozialangebote in dem vom Rückbau betroffenen Stadtumbaugebiet unter einem Dach vereint werden könnten, wird nur zögerlich und unwillig umgesetzt. Das für das Fördergebiet Leipziger Tor eingesetzte und bezahlte Quartiersmanagement wird nach Wahrnehmung der Fraktion eher als verlängerter Arm der Stadtverwaltung denn als eigenständig agierende neue und zusätzlich Impulse setzende Einheit angesehen. Viele Gründe also, hier eine neue Qualität zu fordern.

Das Programm „Soziale Stadt“ ist überall dort bundesweit erfolgreich, wo es ein klares politisches Bekenntnis zum Gebiet gibt, wo ressortübergreifend gearbeitet wird und wo Bewohnerbeteiligung und Partizipation großgeschrieben werden. Das politische Bekenntnis im Stadtrat ist aus Sicht der Fraktion Bürgerliste/Die Grünen über alle Fraktionen hinweg vorhanden. Wir brauchen aber ein zügiges und aktiv arbeitendes Umsetzungsmanagement, das sich auf die Bürger zu bewegt und deren Ideen aufgreift und integriert. Wir brauchen dringend die Vorlage der eingeforderten Untersuchungen, Konzepte und Planungen aus dem Sozialdezernat. Wir brauchen eine enge Zusammenarbeit zwischen Baudezernat und Sozialdezernat, um Projekte zu entwickeln und dann auch erfolgreich umzusetzen. Nur so können die vorhandenen Ressourcen und die für das Gebiet zur Verfügung stehenden Fördermittel, die im Moment ja da sind, aber Zinsen produzieren, mit dem Ziel nutzbar gemacht werden, die soziale Spaltung unserer Stadtgesellschaft in diesem Gebiet zu beseitigen.

Insofern erhoffe sich die Fraktion Bürgerliste/Die Grünen von der heutigen Diskussion eine Impulssetzung für dieses Gebiet.

Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung, merkte an, das Vorgetragene hatte die Form von Vorwürfen. Er könne sie teilweise verstehen, weil einige Dinge länger dauern. Er legte dazu grundsätzlich dar, das Förderprogramm „Soziale Stadt“ sei **ein** Programm, zu dem die Verwaltung stehe und das auch in Zukunft verstärkt genutzt werden soll. Allerdings gebe es innerhalb der Stadt noch Programme, die eine höhere Förderung haben, so dass zuerst natürlich darauf geachtet wird, die Eigenmittel so gering als möglich zu halten und insofern andere Programme genutzt werden.

Weiterhin sei das Programm „Soziale Stadt“ so aufgeteilt, dass es investiv wirkt. Nicht umsonst sei es im Bauministerium angesiedelt. 90 % der produzierten Kosten müssen bauliche Kosten sein, nur 10 % „Software“. Daraus ergibt sich schon die Zielrichtung des Programms. Es kann also nicht so eingesetzt werden, wie z. B. in anderen Bundesländern, wo bis zu 30 % in den Sozialbereich hinein wirken können. Hier können die Stadträte gern bei der Landesregierung intervenieren, dass es hier zu einer Abkehr von der Aufteilung kommt. Die Stadtverwaltung hat kein Gehör gefunden.

Zu dem aktuellen Projekt: Der Stadtrat hat in einer der letzten Sitzungen beschlossen, dass die Verwaltung in Richtung Bürgerzentrum Heideschule aktiv werden soll. Die Dezernate V und VI haben wenige Tage später zusammen gesessen und haben einen Weg vereinbart, Projektmanagement aufgebaut und werden es sukzessive abarbeiten. Dazu gehört, dass als Grundsatz eine Sozialraumplanung vorgenommen und geprüft wird, wie sehen in den einzelnen Quartieren die Sozialanforderungen aus. Abhängig davon werde gesehen, welche Immobilien in der Stadt vorhanden sind, so dass wir über eine Wirtschaftlichkeitsanalyse und Kostenrechnung sehen werden, wo wir kostengünstig den sozialen Aspekten Rechnung tragen können. Ein anderer Weg ist nicht möglich. Man arbeite also interdisziplinär und Herr Hantusch hoffe, im Herbst so weit zu sein, hier eine Planung vorstellen und darüber befinden lassen zu können.

Ergänzend fügte **Herr Dr. Raschpichler** die Beantwortung der Frage von Prof. Schmidt an, inwieweit das Thema Heideschule weiterverfolgt und warum die geplante Investition eines Senioren- und Pflegeheimes an diesem Standort nicht realisiert werden konnte. Richtig ist, dass es verschiedene Nutzungsvorschläge für den Standort Heideschule

gab, u. A. auch den Wunsch eines Investors, dort ein Alten- und Pflegeheim zu errichten. Nach seinem Kenntnisstand war es aber der Investor selbst, der festgestellt hat, dass die Bedingungen an dem Standort nicht so sind, wie er es sich für sein Vorhaben wünscht. Er hat sich dann für einen anderen, sehr interessanten Standort in unserer Stadt entschieden. Daraufhin habe Dr. Raschpichler zu Beginn des Jahres 2009 ange-regt, das Thema Heideschule zum Bestandteil der Ziel- und Prüfungsvorgaben im Be-reich Soziale Stadt zu machen. Wie Prof. Schmidt sicher bestätigen könne, neben dem Schülerfreizeitzentrum Rennstraße erscheint auf der Projektliste des Projektvorhabens „Soziale Stadt“ auch der Standort Heideschule. Wie Herr Hantusch bereits sagte, gibt es nun eine vernetzte Problemstellung zu lösen, da andere Standorte, an denen ähnli-che soziale Vorhaben, Vorhaben der Bürger- und Jugendarbeit untergebracht sind, in einen klaren Kontext mit vielen Konzepten, die bekannt sind, gebracht werden müssen. Deshalb habe er auch versucht, sich über den Masterplan Kultur diesem Problemkreis zu nähern.

Richtig ist, dass jetzt zunächst die Heideschule aufgegriffen und einer Entscheidung zugeführt werden muss, aber auch dass Alternativen geprüft werden. Frau Nußbeck habe eindringlich auf unsere jetzige Situation verwiesen und Herr Hantusch hat völlig Recht, gibt es Förderprogramme, die sich für die Stadt günstiger gestalten, müssen auch diese vorrangig geprüft werden. Dr. Raschpichler sagte zu, im August/September eine klare Aussage zum Standort Heideschule treffen zu können, ob er als Sammel-funktion am Standort Leipziger Tor für die Aufnahme bestimmter Leistungen geeignet wäre.

Die **Fraktion Die Linke** sei dankbar für die Aufnahme dieses Themas, erklärte **Herr Schönemann**. Allerdings könne er auch nachvollziehen, dass aus der Übergangssitua-tion heraus im Zusammenhang mit der neuen Struktur der Dezernatsbildung es zu neu-en Aufgabenschwerpunkten mit entsprechender personeller Untersetzung, die an vielen Stellen bis heute nicht abgeschlossen ist, kam. Damit ist es im erheblichen Maße bei der Umsetzung konzeptioneller und auch analytischer Tätigkeit zu Verzug gekommen. Das sehe in Bereichen, die über Jahre intensiv an diesem Thema arbeiten, anders aus, wie z. B. beim Schulentwicklungsplan. Wir müssen zukünftig in dieser Richtung Quali-tätsansätze kreieren, also Konzepte, die langfristig ausgerichtet sind, genau in dieser Richtung aufnehmen und uns auch im Rat und in den Fachausschüssen diesem Detail etwas intensiver in der Komplexität auch sozialer und kultureller Aspekte widmen. Das wurde zum großen Teil auch in der Arbeit in den Ausschüssen, was man ganz ehrlich sagen muss, unzureichend begleitet, aber es ist ein Fingerzeig. Herr Schönemann den-ke, es ist gerade jetzt, in dieser Situation, in der wir uns befinden, auf keinen Fall zu spät, sich diesem Thema sehr ernsthaft zu nähern.

Prof. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, drückte seine Freude über die posi-tiven Stellungnahmen der beiden Dezernate aus. Er hoffe weiterhin, dass das mit dem entsprechenden Nachdruck auch bearbeitet wird. Herrn Hantusch bat er, den Ablauf-plan zur Heideschule zu Protokoll zu geben. Das Thema Bericht „Soziale Stadt“ werde entsprechend seinem Antrag auch im nächsten Bauausschuss behandelt, wozu er Herrn Hantusch ebenfalls bitte, zur Arbeitsweise Quartiersmanagement etwas zu sa-gen. An diesem Thema müsse man dran bleiben und es begleiten, wie bereits Herr Schönemann anmerkte.

9. Beschlussfassungen

9.1 Niederlegung des Stadtratmandates von Dr. Ulrich Plettner Vorlage: DR/BV/212/2010/V-StR

Der Stadtrat stellt die Niederlegung des Mandates von Herrn Dr. Ulrich Plettner fest.

Abstimmungsergebnis: 38:00:02

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Dr. Exner**, informierte, seitens der FDP werde Frau Dammann nachrücken, welche heute beruflich verhindert ist.

9.2 Niederlegung des Stadtratsmandates durch Hans-Werner Pohl Vorlage: DR/BV/211/2010/V-StR

Der Stadtrat stellt die Niederlegung des Mandates von Herrn Hans-Werner Pohl fest.

Abstimmungsergebnis: 38:00:02

9.3 Neufassung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: DR/BV/130/2010/II-EB

Frau Beigeordnete Nußbeck verwies auf das ausgereichte Beiblatt zur Vorlage, auf dem die Abstimmungsergebnisse der Ortschaften dargestellt sind.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

9.4 Straßenbaumaßnahme Siedlerweg, Mühlenbuschweg, Herrmann-Wäschke-Weg und Am Stadtwald Teileinrichtung Straßenbeleuchtung Vorlage: DR/BV/191/2010/II-EB

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 39:00:01

9.5 Maßnahmebeschluss zur Erweiterung der zentralen OP-Abteilung des Städtischen Klinikums Dessau Vorlage: DR/BV/145/2010/I-SKD

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

9.6 Feststellung der Jahresrechnung 2008 Vorlage: DR/BV/084/2010/I-14

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 38:00:02

**9.7. Änderung der Kostensatzung der Musikschule der Stadt Dessau-Roßlau ab Schuljahr 2010/11.
Vorlage: DR/BV/165/2010/V-40**

(TOP wurde nach dem Punkt 9.8 behandelt.)

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 31:08:01

**9.8 Kalkulation zur Änderung der Kostensatzung der Musikschule der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/166/2010/V-40**

(TOP wurde vor dem Punkt 9.7 behandelt.)

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 32:08:00

**9.9 Richtlinie zur Tagespflege in der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/027/2010/V-51**

Die Richtlinie wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 32:00:08

**9.10 Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen und Entgelten für die Inanspruchnahme von Kindertagespflege in der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/081/2010/V-51**

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bemerkte, es werde als außerordentlich positiv gesehen, dass es eine Entwicklung beim Nachwuchs in der Stadt und wieder Kindertagesstättenbedarf gibt. Die Fraktion sehe in der Gestaltung weiterer Kindertagesstätten Schwerpunkte und könne nur zum Teil der hier vorliegenden Richtlinie folgen. Die Schwerpunkte der Fraktion liegen in den gemeinschaftlichen, weniger in den kleinteiligen Ansätzen.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, gab auf Nachfrage von **Herrn Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, das Abstimmungsergebnis des Jugendhilfeausschusses bekannt (07:00:05).

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 30:00:10

**9.11 Sanierungsgebiet Altstadt Roßlau
- Maßnahmen- und Finanzierungsplan für das HHJ 2010
Vorlage: DR/BV/050/2010/VI-60**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 35:00:05

**9.12 Sanierungsgebiet Dessau-Nord
- Maßnahmen- und Finanzierungsplan für das HHJ 2010
Vorlage: DR/BV/052/2010/VI-60**

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, verwies auf den in der Anlage 2 genannten Parkplatz Friederikenplatz, welcher mit Kosten in Höhe von 504.000 € beziffert ist. Es handelt sich hier um Sanierungsmittel, die wir nicht allein zu tragen haben. Er habe die Diskussion noch in Erinnerung als es um Stellplatzablöse ging, dass wir keine Verwendung für Stellplatzablösegebühren haben. Hier werde eine halbe Million gebraucht, weshalb er frage, warum das aus Sanierungsmitteln bezahlt werden muss und nicht aus Stellplatzablöse.

Wie Herr Giese-Rehm zu Recht festgestellt hat, gibt es keine Stellplatzablösegebühren mehr, entgegnete **Herr Schmieder, Leiter Amt 60**. Man habe aber im Rahmenplan zum Sanierungsgebiet Dessau-Nord im Januar vorigen Jahres das städtebauliche Ziel zur Errichtung dieses Stellplatzes beschlossen. Jetzt sei die Umsetzung geplant. Den Mitgliedern des Bauausschusses wird in der nächsten Beratung die konkrete Umsetzung vorgestellt.

Dass das mit dem Rahmenplan beschlossen ist, sei in Ordnung, erklärte **Prof. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, die Frage sei aber die Finanzierung. Man finanziere es aus Stadtsanierungsmitteln jeweils zu einem Drittel durch Stadt, Bund und Land. Die Frage ist, warum man diese Maßnahme nicht aus Stellplatzablösegebühren bezahle, die man in der Stadt erhoben habe.

Frau Beigeordnete Nußbeck erwiderte diesbezüglich, dass alle Mittel aufgebraucht wurden.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 39:01:00

**9.13 Sanierungsgebiet Dessau-Nordwest
- Maßnahmen- und Finanzierungsplan für das HHJ 2010
Vorlage: DR/BV/053/2010/VI-60**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

**9.14 Abwägung der im Rahmen des Bauleitplanverfahrens zum B-Plan
Nr. 163 "Kleingartenanlage Kirchbreite" eingegangenen Stellungnahmen
der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger
öffentlicher Belange
Vorlage: DR/BV/046/2010/VI-61**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

**9.15 Abwägung zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 196
"An der Kreisstraße"
Vorlage: DR/BV/168/2010/VI-61**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

**9.16 Abwägung zum Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 200
"An der Birkenallee"
Vorlage: DR/BV/170/2010/VI-61**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

**9.17 Teilnahme der Stadt Dessau-Roßlau am Investitionsprogramm
nationale UNESCO-Welterbestätten 2010 - Projektauswahl
Vorlage: DR/BV/183/2010/VI-61**

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, erinnerte an die Forderung im Bauausschuss, von der Verwaltung im Stadtrat vertiefende Aussagen zur Finanzierung zu erhalten. In der Vorlage habe er dazu nichts Neues gefunden.

Aufgrund des Hinweises von **Herrn Beigeordneten Hantusch**, dazu im öffentlichen Teil nichts sagen zu können, regte **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates** an, die Frage zurückzustellen und im nichtöffentlichen Teil zu besprechen.

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, bemerkte, er habe ein Verständnisproblem. Wenn die Vorlage öffentlich ist, könne man auch öffentlich diskutieren. Er stellte die Frage, welche konkreten Anträge in diesem Zusammenhang bereits gestellt wurden und wenn ja, für welche Projekte und Standorte.

Man habe das, was in der Beschlussvorlage dargestellt ist, an den Bund über das Land weiter gemeldet, entgegnete **Herr Beigeordneter Hantusch**. Der Bund verlangt als Fördermittelgeber, dass sich die Stadt in Stadtratsbeschlüssen zu diesen Maßnahmen bekennt. Damit würde ersichtlich, dass bei einer Bewilligung auch die Finanzierung gesichert ist.

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, betonte, die Sicherstellung der Finanzierung sei gerade der Punkt. Er habe den Verdacht, mit Projekten und Finanzbindungen überrollt zu werden, die man so nicht oder vielleicht nicht wolle, die man noch nicht ausdiskutiert habe. Konkret gehe es um den Standort Sieben Säulen. Er stellte die Frage, ob im Rahmen der heute abzustimmenden Vorlage, in der es um die Finanzmittel geht, bereits ein derart konkretisierter Antrag auf diesen Standort gestellt wurde.

Es wurde ein Antrag gestellt, der heißt: Besucher- und Ausstellungszentrum und ist standortunabhängig, erläuterte **Herr Beigeordneter Hantusch**.

Herr Göricke, Freie Wähler, erklärte erhebliche Probleme mit der Vorlage zu haben. Man habe drei verschiedene Träger, u. a. auch die Stiftung Dessau-Wörlitzer Gartenreich. Dort habe man Projekte in erheblichen Größenordnungen. Er könne der Vorlage entnehmen, dass entsprechende Eigenanteile für die Projekte zu Lasten anderer Maßnahmen in den Haushalt der Stadt Dessau-Roßlau kostenneutral eingestellt werden. Es gibt keinen Hinweis, welche Gelder wo in den nächsten 5 Jahren gestrichen werden. Als Mosigkauer habe er auch ein erhebliches Problem, da in diesem Jahr eine Streichung erfolgen wird für ein Projekt, was 5 Jahre betrieben wurde. Das ist das Bürgerhaus. Vier Wochen später bekomme er ein Papier, worin sich die Stadt verpflichtet, mindestens 66, höchstens 220 T€ an die Kulturstiftung als Geschenk auszureichen. Er spreche als Ortsbürgermeister und Stadtrat und er könne die Bürger gut verstehen, wenn sie bei solchen Maßnahmen widersprechen. Die Mosigkauer Projekte wurden im Ortschaftsrat nicht vorgestellt, obwohl es nach § 87 GO LSA hätte getan werden müssen. Die ausgewiesene Nachhaltigkeit für die Projekte der Stiftung Dessau-Wörlitzer Gartenreich sei nicht gegeben.

Er könne die Aussage von Herrn Göricke nicht verstehen, weil das, was für die Jahrescheibe 2010 für das Bürgerzentrum vereinbart wurde, enthalten sei, entgegnete **Oberbürgermeister Koschig**. Man stehe auch zu seinem Wort. Was die Welterbestätten betrifft, werde man sich in Zeiten knapper Kassen auf die wichtigsten Dinge konzentrieren. Hier ist uns mit dem Konjunkturpaket I eine Hand gereicht worden, wenn man diese jetzt ausschlage, passiere viele Jahre nichts bei dem, was unsere Stadt ausmacht. Deshalb sollte man das unterstützen. Es sei kein Geschenk an die Kulturstiftung, sondern ein Geschenk für unsere Stadt.

Um in der Wahrnehmung nach außen als Welterbestätte ernst genommen zu werden, sei es wichtig Geschlossenheit zu praktizieren, mahnte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, an. Es gab im Vorfeld Irritationen, was die Problematik Besucherzentrum in Konkurrenz zum Standort eines möglichen Anhaltforums oder einer ähnlichen Arbeitsrichtung betraf. Definitiv sei in der Arbeitsrichtung der letzten Tage die Verquickung dieser beiden Themen ausgeschlossen, da es miteinander objektiv nichts zu tun hat. Nicht ohne Grund wurde der Antrag für den Ausschuss gestellt, sich diesem Thema näher zu widmen, Entscheidungen richtungweisender Natur für die weitere Entwicklung unserer Stadt zu treffen und vor allem eine einheitliche Lesart herzustellen.

Professor Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, warb um Unterstützung des eingereichten Antrages. Es gab im Kulturausschuss 3 Stimmenthaltungen, was der Tatsache geschuldet war, dass die Vorlage mit der Anlage als Excel-Tabelle nicht übereinstimmte. Es gehe hier darum, sich an einem Wettbewerb um die Bereitstellung von Fördermitteln zu beteiligen. Insgesamt werden 70 Mio. € ausgereicht für eine Vielzahl von UNESCO-Weltkulturerbestätten in Deutschland. Wenn wir die Kulturstiftung Dessau-Wörlitz oder auch die Stiftung Bauhaus Dessau mit einschließen, sind es keine Privaten, die Geld bekommen, sondern öffentlich rechtliche Stiftungen, die letztlich der Allgemeinheit gehören. Wenn wir dort als Stadt unterstützend wirken, sei es ein Schritt in die richtige Richtung, weil diese Institutionen das Weltkulturerbe prägen. Man könne nicht so einen Gegensatz aufmachen, denn wir sind genauso für das Weltkulturerbe verantwortlich, wir sind Teil der Menschheit und haben die Verantwortung zu übernehmen. Insofern werbe er für die Unterstützung des Vorschlages.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, erklärte, niemand sei dagegen, dass diese Maßnahmen auf den Weg gebracht werden und maximale Förderanteile abgeschöpft werden. Es gehe darum, dass von der Verwaltung im Bauausschuss Zusagen getroffen wurden, den Stadträten bis heute weitere Aussagen als Text zuzureichen. Das liege nicht vor. Er könne jetzt darüber nicht reden, ohne die Dinge grundsätzlich in Gefahr zu bringen, oder es werde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Er verstehe, dass Herr Otto auf die gemachten Zusagen, nach Möglichkeit vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung soweit wie möglich eine Entlastung haben zu wollen, so reagiere, erwiderte **Herr Beigeordneter Hantusch**. Herr Otto sei aber lange genug Oberbürgermeister gewesen, so dass er auch wisse, dass man in einigen Situationen gewisse Dinge nicht öffentlich machen bzw. vorlegen kann. Er versichere aber, dass man mit den Institutionen, die nicht Stadt sind, also Stiftung Wörlitz und Stiftung Bauhaus, intensiv im Gespräch ist. Wenn er mehr wissen wolle, müsse Nichtöffentlichkeit hergestellt werden. Daran sehe man, dass die Verwaltung durchaus ihre Absprachen einhält.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, führte aus, er habe jetzt einen **Antrag** auf Herstellung der Nichtöffentlichkeit. Er verwies darauf, dass die Beschlussfassung aber öffentlich stattfinden muss.

Da es keine Widerrede zum Antrag gab, wurde **Nichtöffentlichkeit** hergestellt.

Im Anschluss an die nichtöffentliche Aussprache erfolgte die Abstimmung.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 39:00:01

9.18 Beschluss über die Aufstellung einer Stellplatzsatzung als örtliche Bauvorschrift für die Stadt Dessau-Roßlau / Beteiligung der Öffentlichkeit, Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
Vorlage: DR/BV/158/2010/VI-63

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

9.19 Einziehung öffentlicher Verkehrsflächen - Fröbelstraße -
Vorlage: DR/BV/171/2010/VI-66

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 39:00:01

9.20 Baumschutzsatzung
Vorlage: DR/BV/155/2010/VI-83

Herr Puttkammer, CDU-Fraktion, stellte im Namen der Fraktion den **Antrag** auf Rückverweisung in den Fachausschuss. Begründend legte er dar, es sei nicht definiert, was Hausgärten sind. Der Bürger, der auf seinem Grund und Boden einen Baum pflanzt und pflegt, sollte auch das Recht haben, ihn nach seinem Dafürhalten zu fällen. Es falle in

Zukunft schwer, es einem Bürger zu erklären, wenn z. B. am Bauhausplatz alte Bäume gegen den Willen von Bürgern und Anwohnern gefällt werden. Es lasse sich nicht nachvollziehen, warum die Stadt Gestaltungsänderungen durchführen darf, auch gegen Bürgerwillen, und diese den Bürgern nicht erlaubt werden. Sein Antrag bezwecke nicht, dem Bürger ein freies Feld zu geben, aber man könne es sinnvoll regeln.

Im Augenblick werden die Fäll- und Beschneidungsgenehmigung relativ großzügig und sehr bürgerfreundlich geregelt. Wer Herrn Riestau kennt, wisse, dass er nur eingeschränkt mobil ist. Wenn nun wirklich jeder Einschnitt, jede Gestaltung angezeigt und besichtigt werden müsste, werde das in Zukunft sehr lange dauern. Heute habe Herr Puttkammer auch erfahren, dass das an ein anderes Amt übergeben werden soll, so dass man erst einmal sehen müsse, wie das künftig gehandhabt wird. In den Gebieten Haideburg und Törten wurden mehrere hundertjährige Eichen gefällt, was man absolut ablehnen müsse. Er stellte die Fragen, ob das Landesnaturschutzgesetz nicht gegriffen hat und wenn es gegriffen hat, wie hoch waren die ausgesprochenen Strafen und sind diese auch eingezogen worden. Man könne sich keine Satzung erlauben, die man nicht nachvollziehen und nicht kontrollieren kann.

Er sei nach intensiver Befassung mit der Satzung an einigen Stellen über eine Rechtsprechung gestolpert, die zu vergleichbaren Satzungen ergangen ist, erklärte **Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**. Im Zusammenhang mit Ersatzpflanzungen gehe die Rechtsprechung in die Richtung, dass eine Baumschutzsatzung nicht dazu führen darf, dass zwingend eine Ersatzpflanzung vorgenommen werden muss.

Er habe versucht, mit der Punkteberechnung lt. Anlage dieser Satzung herauszufinden, ob es tatsächlich bei jedem Fällen eines Baumes, soweit dieser nicht von der Genehmigung befreit ist, zu einer Ersatzpflanzung kommen muss. Es sei ihm nicht gelungen, zu einem eindeutigen Ergebnis zu kommen, weil er es nicht nachvollziehen konnte. Die Regelungen zu Ersatzpflanzungen sind zum Teil derartig unverständlich, dass er zutiefst Bedenken habe, dass diese einer Prüfung standhalten, insbesondere dann, wenn wir diese Satzung auch noch in Konfrontation setzen zu Artikel 14 Grundgesetz. Man rede davon, in das Eigentum der Bürger dieser Stadt einzugreifen. Da greife das von Herrn Puttkammer Gesagte, wer einen Baum pflanzt ... Herr Bönecke, habe auf seinem Grundstück gerade vier Hochstämme als Obstbäume gepflanzt. Er wolle in 10 Jahren, wenn diese z. B. das Haus beschatten, frei entscheiden können, ob er zwei oder drei wieder wegnimmt. Mit dieser Satzung müsse er mit Ersatzpflanzungen rechnen, man habe ein Genehmigungsverfahren zu durchlaufen, was zwar kostenfrei sein soll, aber der Aufwand bleibe nicht unerheblich.

Der erste Einwand von **Herrn Bönecke** gehe demnach gegen die Regelung der Ersatzpflanzungen, wo er erhebliche Bedenken bezüglich der Wirksamkeit habe. Der zweite Einwand richte sich gegen die Einbeziehung der Hausgärten in den Geltungsbereich der Satzung, was bisher nicht der Fall war. Dazu zitierte Herr Bönecke aus einer Entscheidung einen Leitsatz, der das Problem deutlich macht: „Pflicht des Satzungsgebers ist es, vor Erlass einer Baumschutzsatzung die Erforderlichkeit des flächendeckenden Baumschutzes in den von der Satzung erfassten Bereichen zu ermitteln und die Belange des Naturschutzes einerseits und der von den Beschränkungen der Satzung Betroffenen andererseits abzuwägen.“ Genau hier habe er das nächste Problem, nämlich § 2 Absatz 2 c eine Regelung zu finden, die die Kleingärten von dieser Satzung ausnimmt, die Hausgärten aber nicht. Das sei eine Ungleichbehandlung der Grund-

stückseigentümer, die sachlich durch gar nichts gerechtfertigt ist. Damit verstoße man nicht nur gegen den Art. 14, den er angebunden habe und für ein großes Gut in der Gesellschaft halte. Es komme auch zu einem Verstoß gegen Art. 3, Gleichbehandlungsgrundsatz. Sein Vorschlag ist, nur die Hausgärten aus der Satzung auszuklammern, denn damit löse man das größte Problem. Wenn der Verweisungsantrag von Herrn Puttkammer die Mehrheit findet, könne man es auch im Fachausschuss diskutieren. Ansonsten stelle er den **Änderungsantrag**, den § 2 Abs. 2 c nach dem Komma zu **ergänzen**: „in Hausgärten“.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bemerkte, er könne die Argumentation seiner Vorredner nachvollziehen, sei aber aufgrund der langen Diskussion zur Satzung nicht Willens, dem Fachbereich, der diese Satzung erarbeitet hat und dem Dezernat in irgendeiner Art und Weise Bürgerunfreundlichkeit zu unterstellen. Deshalb bitte er Frau Dr. Kegler, ihre Beweggründe zur Einbindung der Hausgärten darzustellen. Auch als Ortsbürgermeister habe man diskutiert, was sinnvoll ist. Die Entwicklung in der satzungslosen Zeit, hat einen Kahlschlag erzeugt, der dieser Stadt im Wesentlichen das Gesicht genommen hat. Das lasse sich nachweisen. Wer das nicht wahrhaben wolle, könne sich das ansehen. Das Fachamt habe in exzellenter Weise in jedem Ortschaftsrat und jeder Gartensparte diese Satzung erläutert und man tue dem Fachamt und dem Dezernat an dieser Stelle Unrecht.

Herr Prof. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, schloss sich seinem Vorredner an, dass das Amt dazu noch einmal Ausführungen machen sollte. Zu der Aussage, dass derjenige, der einen Baum pflanzt, ihn auch wieder fällen dürfen sollte, merkte er an, leider ist es so, dass die in den Hausgärten gefälltten Bäume deutlich älter werden, als die Fällter. Man müsse davon ausgehen, dass eine Eiche 150 Jahre alt wird. Wenn es triftige Gründe gibt bzw. ein Beschattungsproblem, könne er den Antrag bei der Stadt stellen und wird auch die Genehmigung bekommen.

Als weiteres Problem habe Herr Puttkammer die Baumfällungen im öffentlichen Bereich der Stadt Dessau-Roßlau angesprochen. Es wäre schön gewesen, wenn Herr Puttkammer z. B. die Beschlussvorlage zur Allee in der Kühnauer Straße unterstützt hätte, dann wäre das, was er als eine Fehlentwicklung sehe, nicht passiert. Aber leider hatte die CDU-Fraktion nicht dafür gestimmt. Nur Pro Dessau-Roßlau und Bürgerliste/Die Grünen konnten sich damals der Sache anschließen und jetzt sind die Bäume gefällt, was schade ist. Das könne man aber nicht mit den Hausgärten vergleichen. Er selbst habe ein Grundstück, auf dem ca. 20 Waldkiefern stehen. Wenn die Satzung heute mit dieser Änderung durchgeht, könne er morgen die Waldkiefern fällen. Seine Nachbarn würden es vielleicht auch so machen, dann habe man neben den Meisterhäusern einen Kahlschlag. Die Hauseigentümer könnten, wenn die Hausgärten ausgenommen werden, alle diese Bäume fällen. Die Frage ist, ob man das wirklich wolle, oder ob man eine vernünftige Lösung mit der Verwaltung finden kann. Das sollte der richtige Weg sein und nicht der, den Kettensägen den freien Lauf zu geben.

Er gehe davon aus, dass nicht nur die Kleingärtner, sondern auch die Besitzer von Hausgärten sehr wohl an einer natürlichen Umgebung interessiert sind, merkte **Herr Kolze, CDU-Fraktion**, an. Dazu gehören natürlich auch Bäume. Wenn es erforderlich ist, Bäume zu fällen, weil sie seinerzeit an der falschen Stelle gepflanzt wurden, flach wurzeln und nun Fußwege und Straßen zerstören, dann sei es wichtig über diese Satzung in dieser Form zu streiten. Das habe nichts mit Schelte gegen die Verwaltung zu

tun. Er werde keiner Satzung zustimmen, in der die Hausgärten und Vorgärten nicht ausgenommen sind.

Er verstehe alle Anliegen, erwiderte **Herr Beigeordnete Hantusch**. Aber auf der anderen Seite sage er auch, Waffengleichheit. Wenn die Stadt aus zwingenden Gründen Bäume fällt, werde sie auch gezwungen, Ausgleichspflanzungen vorzunehmen. Nichts anderes verlange man dann auch von den Inhabern von Privatgärten. Manchmal wundere sich Herr Hantusch auch über das Demokratieverständnis. Im Bauausschuss wurde die Vorlage mit 6:1:1 beschlossen. Von 15 Ortschaftsräten haben 11 dieser Vorlage zugestimmt. Insofern könne er dafür werben, dieser Vorlage zuzustimmen. Er bat um das Rederecht für **Frau Dr. Kegler, Leiterin des Umweltamtes**, um zu begründen, warum die Hausgärten, die einmal draußen waren, wieder mit aufgenommen wurden.

Frau Dr. Kegler legte dar, man hatte in der Stadt jahrelang die Baumschutzsatzung, in der die Hausgärten Bestandteil waren. Die Kleingärten waren schon immer ausgeschlossen, weil für sie das Bundeskleingartengesetz gilt. Hier dürfen gar keine großen Bäume, Laubbäume, gepflanzt werden. Die Baumschutzsatzung hat den Schutz der Laubbäume im Sinn und was die Abwägung zwischen Naturschutz und Eigentum betrifft, mache man es sich auch nicht einfach. Zu den Vorwürfen, die hier geäußert wurden, die gegen die Verwaltung gerichtet waren zum Umgang mit der Bauschutzsatzung, werde sie nichts sagen. Nur, die Bäume die dort gefällt wurden, haben etwas mit Ausgleich für den V+E-Plan und dessen Festsetzungen zu tun, weniger mit der Baumschutzsatzung.

Unser Problem besteht im Naturschutz. Wie man überall nachlesen könne, gibt es einen sehr starken Rückgang von Arten, besonders von Singvögeln. Unser Anliegen war, mit einer Baumschutzsatzung alten Baumbestand zu schützen, nämlich als Lebensräume, nicht nur für Singvögel, sondern auch für Insekten. Es sei leider so, dass es Modeerscheinungen gibt, wie richte ich meinen Garten ein. Wenn man sich umsehe, haben viele Leute den Rasen und die Lebensbäume, die sie pflanzen und fällen können, denn man habe genau diese Bäume alle schon aus dem Geltungsbereich herausgenommen, so dass sie nicht einmal fragen brauchen. Man wolle einfach den Schutz des alten Baumbestandes. An Herrn Kolze gewandt führte sie weiter aus, sie glaube auch nicht, dass die Leute mit einem Hammer losgehen und sagen, die Bäume müssen unbedingt erhalten werden. Es werden mit den Leuten Gespräche geführt und es sind viele Fällgenehmigungen erteilt worden, wie das Amt berichtet hat. Bis 2008 waren die Hausgärten Bestandteil der Satzung und auch da wurden viele Fällgenehmigungen erteilt. Sie könne sich an Ausschusssitzungen erinnern, wo Stadträte das auch bestätigt haben. Sie bitte darum, den Altbäumen in dieser Stadt die Chance zu geben, dass sie erhalten bleiben, auch im privaten Bereich.

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, bemerkte, von Frau Dr. Kegler wurde selbst angesprochen, dass ihre Mitarbeiter ab dem 01.07.10 raus in die Stadt fahren. Das sei eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für diese Stadtverwaltung, wo man auf der anderen Seite darüber redet, Personal abzubauen. Wir binden hier wieder Verwaltungskraft an Stellen, die nicht zwingend notwendig sind. Wenn die Satzung heute Bestand hat, werde er sich seine 4 Stämme genau ansehen. Es werden sich viele wie er Gedanken gemacht haben, ein Stück Streuobstwiese anzulegen und damit Sorten zu erhalten, denn die Hochstämme seien nicht neue Sorten, sondern richtig alte Obstsorten. Wenn man heute verbietet, diese ab einer bestimmten Größe zu fällen, was in ca.

10 Jahren der Fall sein werde, würden sie vor dem Erreichen des Stammdurchmessers gefällt und neu gepflanzt, wenn er das möchte. Diese Frage werden sich viele stellen. Er fragte, ob das Zielrichtung der Satzung ist. Das sei aber in dem Bereich, wo es um Neuanlage in Gärten geht, um Neubepflanzung und Wiederbelebung, wo sich das Bewusstsein der Menschen in dieser Hinsicht wandelt, eher kontraproduktiv als förderlich.

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, lobte die Verwaltung. Er hatte auch alte Bäume auf seinem Grundstück und habe Unterstützung und Hilfe bekommen. Die SPD-Fraktion unterstütze diese Satzung.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, brachte den

- **Antrag zur Verweisung** an den Fachausschuss zur Abstimmung. Dieser wurde mehrheitlich bei 14 Ja-Stimmen **abgelehnt**.
- Der **Änderungsantrag**, § 2 Abs. 2 c um das Wort Hausgärten zu ergänzen, wurde mehrheitlich **abgelehnt** (15:22:01).

Die Baumschutzsatzung wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 22:14:01

9.21 **Änderungsantrag zur Stellplatzablöse** Vorlage: DR/BV/207/2010/PDR

(TOP wurde vor dem Punkt 9.18 behandelt.)

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, begründete seinen Beschlussantrag. Nach dem Widerspruch des Oberbürgermeisters gegen einen Punkt der Beschlussfassung dieses Hauses zum Projekt Kristallpalast habe er sich Gedanken darüber gemacht, wie man das Problem Stellplätze bzw. der Stellplatzablöse umgehen kann. Die einfachste Lösung wäre, die Satzung aufzuheben. Wenn wir uns Entwürfe zu Bebauungsplänen in der Region anschauen, finde man regelmäßig insbesondere für den Innenstadtbereich die Begründung, dass hier von der Anzahl her ausreichend Parkplätze vorhanden sind. Dennoch habe man eine Satzung, die jedem, der sich in irgendeiner Form ansiedeln möchte, zunächst diese Last aufbürdet.

Bezogen auf die neue Stellplatzsatzung, die die jetzt in Kraft befindliche zum 01.01.2011 ablösen soll, bewegt sich in diesem Zusammenhang die Diskussion dahin, dass bereits unsere jetzige Satzung Reduzierungen der Stellplatzpflicht bis hin zum kompletten Erlass erlaubt, wenn die Rahmenbedingungen dafür stimmen. Diese Auslegung stehe im Widerspruch zur Begründung des Widerspruchs des Oberbürgermeisters gegen eben genannten Stadtratsbeschluss. Deshalb richte er die Frage an den Oberbürgermeister, teilt er diese Art der Auslegung der derzeit in Kraft befindlichen Stellplatzsatzung?

Diese Problematik wurde sowohl im Bauausschuss als auch im Haupt- und Personalausschuss besprochen, legte **Herr Meister, Leiter Amt 63**, dar. Man war konkret darauf eingegangen, warum wir eine Stellplatzsatzung auch im Folgenden brauchen. Man habe in der derzeitigen Satzung als auch in der nun zu erarbeitenden, insofern wir sie beschließen, einen Passus, der wörtlich heißt: „Die Zahl der notwendigen Stellplätze ist zu erhöhen oder zu vermindern, wenn die besonderen örtlichen Verhältnisse, die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs oder die besondere Art der Nutzung der bauli-

chen Anlage dies erfordern oder gestatten.“ Das sei genau der Punkt, nachdem ganz klar geregelt ist, dass entsprechende Änderungen möglich sind, aber auch ganz klar die Flexibilität, die sich dahinter verbirgt, sei eindeutig damit begrenzt, dass die besonderen örtlichen Verhältnisse und die besondere Art der Nutzung dies zulässt. Dann bestehe die Möglichkeit, das alles auf Null zu reduzieren, aber auch nur dann. Bewerten könne man das nur anhand entsprechender vorliegender Unterlagen. Was konkret den Kristallpalast betreffe, seien heute Unterlagen eingegangen. Das heißt, wir befinden uns in dem Status, das bewerten zu können, was bisher nicht der Fall war und den Widerspruch des Oberbürgermeisters begründet.

Er hatte sich eine klare Aussage erhofft, um hier die Brücke zu bauen, fuhr **Herr Bönecke** fort. Wir haben jetzt eine, dass es möglich ist, so dass er den Beschlussantrag zurückzieht.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, stellte fest, dass der Antragsteller seine **Beschlussvorlage zurückgezogen hat**.

Abschließend wurde von **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, richtig stellend angemerkt, dass bei dem jetzt eingereichten Bauantrag Kristallpalast die Frage der Stellplatzabläse und des Erlasses nicht steht. Der Investor habe sich immer dazu bekannt, für den ersten Bauabschnitt die Stellplätze abzulösen. Es gehe nachher um den zweiten Teil.

9.22 Bürgerhaushalt der Stadt Dessau-Roßlau **Vorlage: DR/BV/228/2010/Linke**

(TOP wurde vor dem Punkt 9.1 als erster Beschlusspunkt behandelt.)

Seitens des Einreichers erklärte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, aufgrund vieler Gespräche und nicht zuletzt der hochbrisanten Aktualität der Diskussion im Internet zu diesem Thema ist die Fraktion zu dem Entschluss gekommen, das Thema zu strukturieren und ernsthaft auf Realisierbarkeit abzu prüfen. Die Terminkette in der Vorlage sei sicher etwas ambitioniert, dazu gebe es aber sicher Vorstellungen, wie man dies konkretisiert. Details seien evtl. auch korrigierbar, aber vom Grundsatz ist die konzeptionelle Vorgehensweise ein Weg, um sich dem Thema über Beschlusslage zu nähern. Ob es dann wirklich am Ende realisierbar wird, wird sich zeigen, ebenso das Verhältnis Aufwand und Nutzen. Man stelle sich dem Thema ernsthaft mit dem Ziel, es auch zu erreichen. Es wird großer Wert darauf gelegt, dass sich der Rat und seine Ausschüsse sich diesbezüglich beteiligen und gemeinsam mit der Verwaltung federführend sind.

Änderungsanträge liegen dem Präsidium von Herrn Giese-Rehm und auch von der Verwaltung vor, erklärte **Herr Dr. Exner**. Letzterer lehne sich im Wesentlichen an den Beschlussvorschlag an und enthalte eine konkretisierte Zeitschiene.

Zunächst erhielt **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, das Wort. Er richtete sich mit Anerkennung an die Initiative „Land braucht Stadt“, ohne deren Initiative man dieses Thema nicht auf der Tagesordnung hätte und das Verfahren, dass Bürger sich in die Haushaltsdiskussion einbringen, wäre so nicht da. Der Bürgerhaushalt sei im Verfahren keine Haushaltsplanung in der bisher angewandten Weise, aber Verfahrensherr bleibe der Stadtrat. Eine breite Bürgerbeteiligung ist gewünscht und sinn-

voll, gerade in den Bereichen, wo es um Akzeptanz von Einsparungen oder Umstrukturierungen geht.

Bürgerbeteiligung sei nicht damit abgetan, dass auf der Webseite der Stadt zu Vorschlägen aufgerufen wird und darauf Antworten und Ergebnisse generiert werden, betonte Herr Giese-Rehm. Ein wesentlicher Punkt ist die transparente Verfahrensweise, sowohl der Durchführung als auch was die Ergebnisse angeht. Deshalb bitte er darum, im ersten Schritt Dinge zu bescheiden, aufzunehmen, zu verändern - also auf der Webseite eine Anmerkung anzubringen, ob bereits überholt, rechtlich nicht möglich ... Das muss für alle deutlich werden, nicht nur für den, der Vorschläge macht, sondern auch für die, die sich dafür interessieren.

Ein Bürgerhaushalt braucht auch intensive Beschäftigung und damit auch Zeit. Das sei seine Hauptkritik an der vom Thema her richtigen Verfahrensweise. Für 2011 bekomme man s. E. keinen Bürgerhaushalt. Wenn man es ordentlich machen will, benötigt man etwa 2 Jahre. Der Vorschlag der Fraktion Bürgerliste/Die Grünen ist deshalb, die Transparenz bei der Abarbeitung der derzeitigen Vorschläge sehr deutlich zu machen - das brauche Personal, da sich auch jemand hinsetzen muss, der das abarbeitet - 2011 einen Bereich herauszugreifen, nachdem Schulungen, Informationsveranstaltungen und solche Dinge mehr auch wirklich das Thema breit gestreut haben und Sachkunde gestärkt hat, etwa einen Bereich, der den Bürgern nahe ist, wie Kultur und Sport, und dazu gezielt dann Vorschläge abzufragen und einzubringen. Diese sind dann wieder transparent zu bearbeiten und zu bescheiden. Für 2012 soll dann versucht werden, einen Bürgerhaushalt aufzustellen, der dann den Namen verdient.

Zu den vorliegenden Anträge zur Sache - der Beschlussvorschlag, der Vorschlag der Verwaltung und der Alternativvorschlag seiner Fraktion, welcher auch mit der Initiative abgestimmt ist - regte Herr Giese-Rehm an, dass dieses Paket heute in den Finanzausschuss verwiesen wird und man sich dann zu einem Verfahren verständigt, Termine abklopft und dann an den Stadtrat rückspiegelt. Das wäre der richtige Weg.

Der Antrag der Verwaltung zur Beschlussvorlage wurde durch **Frau Beigeordnete Nußbeck** erläutert. Im Vorfeld habe man sich ebenfalls mit der Initiative verständigt, weil das Thema von ihr bereits an die Verwaltung herangetragen wurde. Frau Nußbeck betonte, dass man dem Thema gegenüber auch offen ist. Allerdings würden ebenfalls zeitliche Probleme gesehen. Die Verwaltung habe sich insofern an die Vorlage des Einreichers gehalten und auch in Abstimmung mit diesem die zeitliche Schiene etwas geöffnet. Was als besonders wichtig erkannt wurde, ist der Punkt 2 der geänderten Vorlage, worauf Frau Nußbeck die Aufmerksamkeit lenkte:

„Der Stadtrat und die Verwaltung legen die Eckpunkte eines möglichen Bürgerhaushaltes fest.“ Das wäre auch das, worüber man sprechen sollte. Man könne sehr viel betreiben, müsse aber auch am Ende Aufwand und Nutzen gegeneinander abwägen. Gegenstand der Beratung können sein das Investitionsprogramm, die Teilhaushalte Kultur, Freizeit und Sport, aber auch die Möglichkeit, nur das Konsolidierungsprogramm zur Diskussion zu stellen. Frau Nußbeck verwies auf interessante Internetauftritte wie www.solingen-spar.de. Hier wurden mehr als notwendig Konsolidierungsvorschläge gemacht worden. In Summe wurde der notwendige Betrag bestätigt.

Auftaktveranstaltung wäre also zu sagen, was wollen wir, was halten wir für sinnvoll, denn allen muss klar sein: Die Gemeindeordnung schließt Bürgerentscheide zum Thema Haushalt ausdrücklich aus. Worüber hier also geredet werde, ist eine Beteiligung. Der Rat muss die Ergebnisse in seine Entscheidung einbeziehen, sie bewerten, aber letzten Endes nimmt ihm die Entscheidung niemand ab.

Die **SPD-Fraktion** bedanke sich bei der Initiative, diese Angelegenheit ins Rollen gebracht zu haben, erklärte **Herr Eichelberg**. Man habe aber heute ein erhebliches Problem etwas zu beschließen. Angesichts der vorliegenden Anträge unterbreite er deshalb den Vorschlag, sich in den zuständigen Ausschüssen intensiv mit dem Thema zu beschäftigen.

Der Vorschlag der Verwaltung unter Punkt 1 „Der Stadtrat organisiert gemeinsam mit der Verwaltung ein Informationsforum zum Thema ‚Was ist, was kann ein Bürgerhaushalt‘“ sei richtig und könne mitgetragen werden. Die übrigen Punkte sollten zunächst in den Ausschüssen intensiv geprüft und dann zum Beschluss gebracht werden. Herr Eichelberg **beantragte** daher die **Verweisung in den Finanzausschuss und Hauptausschuss**.

Frau Ehlert, Fraktion Die Linke, signalisierte, dass ihre Fraktion den Antrag der Stadtverwaltung übernehmen werde. Er unterscheide sich lediglich im Punkt 2, so dass das kein Problem darstellt. Das Ziel ist richtig, die Aufgabenstellung eindeutig zu bestimmen, was auch Inhalt dieser Beschlussvorlage ist, und kann heute beschlossen werden kann. Wer fordert, zunächst in den Ausschuss gehen zu wollen, nimmt die Initiative, die vor wenigen Minuten gelobt wurde, nicht ernst. Morgen findet dort die Veranstaltung genau zu diesem Thema statt. Wer Fragen aufstellt, welche Bereiche einbezogen werden, den könne sie nur raten, ihre Programme nachzulesen, worin dies schon länger steht. Wer meint, sich umfangreich damit beschäftigt zu haben, dem könne sie nur sagen, man könne nur raten, nachzulesen, wie die Auswertungen sind und dazu reicht das Internet nicht aus. Lichtenberg hat die Quartiere auch im Blick gehabt, neben Internet und anderen Möglichkeiten. Ihre Fraktion habe sich sehr gut vorbereitet und denke, morgen Abend mit den Bürgern ins Gespräch kommen zu können.

Grundsätzlich stehe seine Fraktion und insbesondere auch er persönlich dem Bürgerhaushalt sehr offen gegenüber, merkte **Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, an. Er hätte sich vom Einreicher allerdings gewünscht, wenn er schon den Finanzausschuss intensiv einbezieht, dass sich dieser auch schon vorher damit hätte befassen können. Zeitlich wäre es möglich gewesen, der Finanzausschuss habe Anfang Juni getagt.

Das in Richtung Bürgerinitiative bereits Gesagte könne er nur unterstreichen, äußerte **Herr Kolze, CDU-Fraktion**, und bedankte sich bei deren Engagement. Er betrachte den Bürgerhaushalt auch nicht als etwas Statisches. Egal, welcher der drei Anträge eine Mehrheit finden wird, dies sei ein sich fort entwickelnder Prozess. Er begrüße den Bürgerhaushalt und lade die Bürger ein, sich an der Konsolidierung des Haushaltes zu beteiligen. Herr Kolze erklärte, der Antrag der Fraktion Bürgerliste/Die Grünen sei der Antrag, der durch den Stadtrat angenommen werden sollte.

Auf die Diskussion zurück blickend, stellte **Oberbürgermeister Koschig** fest, wenn dem Antrag von Herrn Eichelberg entsprochen wird, bitte er auch ein Signal an die Bür-

gerinitiative zu senden, dass Stadtrat und Verwaltung sich grundsätzlich mit dem Bürgerhaushalt beschäftigen. Seines Erachtens sei der umfassendere Antrag der der Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, der der Verwaltung untersetzt aber am konkretesten, was die Fraktion Die Linken als ursprünglicher Einreicher vorgeschlagen hat.

Über sein Verständnis zu Verwaltungshandeln oder zur Zusammenarbeit von Stadtrat und Verwaltung führte Herr Koschig grundsätzlich aus, es ist bekannt und aus einer Podiumsdiskussion heraus entstanden, dass wir uns mit der Bürgerinitiative über solch ein Thema unterhalten. Der Stadtrat könne von der Verwaltung auch erwarten, dass das Thema, in welcher Form auch immer, entscheidungsreif vorbereitet zur Beschlussfassung vorgelegt wird. Sollte es keiner Entscheidung bedürfen, würde es zumindest in Form einer Informationsvorlage vorgelegt. Nun wurde seitens des Stadtrates selbst das Thema aufgegriffen und die Verwaltung ist dafür da und der verlängerte Arm, das Anliegen in eine beschluss- und mehrheitsfähige Vorlage münden zu lassen. Wie er den Beiträgen entnommen habe, tragen im Grunde alle Mitglieder des Stadtrates das Anliegen mit, wollen es nach vorn bringen und kennen auch die Schwierigkeiten, die es durchaus geben kann. Der Stadtrat kann auch von seiner Verantwortung und Pflicht nicht entbunden werden, aber alle nehmen auch dankbar das Angebot der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, insbesondere der Bürgerinitiative an, sich einbringen zu wollen in diesen Prozess. Herr Koschig bestätigte, wie schon von Herrn Giese-Rehm gesagt, reicht es nicht, die Vorschläge der BürgerInnen zu bewerten, wir müssen etwas mehr für diesen Bürgerhaushalt organisieren und die Bürger einbeziehen.

Herr Hoffmann, stellv. Stadtratsvorsitzender, **Fraktion Die Linke**, merkte an, die Fraktion könne sich durchaus vorstellen, diesen Verfahrensweg zu übernehmen. Wer es aufmerksam lese, würde feststellen, dass, wenn man den Vorschlag, wie ihn die Stadtverwaltung modifiziert habe, zum Beschluss bringen würde, eine Abarbeitung, wie sie die Fraktion Bürgerliste/Die Grünen vorgeschlagen hat, durchaus realisierbar ist. Der grundsätzliche Beschluss sollte aber durchgehen, da man ein klares Signal benötigt, weshalb der Vorschlag des OB gut sei. Es ist auch eine Würdigung dessen, was in der Bürgerinitiative passiert ist. Herr Hoffmann habe seit dem 1. Mai heftige Auseinandersetzungen, da er dort eine Äußerung getan habe, die evtl. emotional erklärbar war aber nicht glücklich. Deshalb finde er es gut, dass mit der öffentlichen Wahrnehmung des Problems Haushalt jetzt möglich ist, die Thematik in dieser Form aufzugreifen und zu praktizieren. Es ist ein höchstes Maß an Demokratie, welche mit beiden Anträgen umsetzbar ist. Sie schließen einander nicht aus. Der Änderungsantrag der Verwaltung sei der einfachste Weg.

Dem Antrag von Herrn Giese-Rehm auf eine kurze **Auszeit** wurde entsprochen. Es erfolgte eine Verständigung zwischen den Fraktionsvorsitzenden.

Nach Wiederaufnahme der Beratung teilte der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Dr. Exner**, mit, dass man sich auf folgendes Procedere geeinigt habe: Zur Grundlage der heutigen Abstimmung wird der Änderungsantrag der Fraktion Bürgerliste/Die Grünen gemacht. Dieser wird dann im Finanzausschuss und Hauptausschuss hinsichtlich der Zeitschiene und Vorgaben aus dem Ursprungsantrag konkretisiert. Dazu gibt es auch von der Verwaltung Einverständnis.

Zur Geschäftsordnung meldete sich **Herr Schönemann**, er stellte seinerseits richtig, man habe sich geeinigt, dass der Änderungsantrag der Verwaltung zur Zeitschiene ü-

bernommen wird. Von der Vorgehensweise in der Vorlage der **Fraktion Die Linke** sei alles das, was Herr Giese-Rehm transportieren wollte, beinhaltet. Wir haben in jedem Moment des Prozesses die Möglichkeit zu reagieren. Insofern möchte er die Vorlage seiner Fraktion in geänderter Form durch die Verwaltung abstimmen lassen.

Frau Andrich, Fraktion Die Linke, erklärte, die Fraktion Bürgerliste/Die Grünen beziehen sich in ihrem Antrag sehr ausführlich auf Brasilien. Aber selbst dort war es Sinn und Zweck der Sache bei der Erstellung des Bürgerhaushaltes, und so wird es in der Bundesrepublik getan, wo bereits Bürgerhaushalte erfolgreich durchgeführt werden, dass in den Quartieren dazu die Beratungen stattfinden. Sie finde es äußerst bedauerlich, dass gerade die Quartiersberatungen hier herausfallen. Es gebe ja bereits ähnliche Dinge: Die Budgets der Ortschaftsräte. Das sei kein Bürgerhaushalt, aber eine Vordiskussion. Im Antrag der Fraktion Bürgerliste/Die Grünen fehle die Quartiersfrage, die sehr wichtig ist. Mit dem Zentrenkonzept und Stadtteilkonzepten wurde die Stadt in Komplexe eingeteilt und deshalb halte sie es für wichtig, dass gerade diese Quartiere mitgenommen die Bürger beteiligt werden.

Es gab einen **Geschäftsordnungsantrag** auf **Ende der Debatte** und **Abstimmung**.

Entsprechend der Rednerliste erhielt abschließend **Herr Kolze, CDU-Fraktion**, nochmals das Wort. Er legte dar, s. E. habe man sich in der Auszeit klar verständigt, dass auf Grundlage des Antrages der Fraktion Bürgerliste/Die Grünen im Ausschuss dieses Projekt weiterentwickelt und dabei genau das beachtet werden soll, was in den anderen Anträgen stand.

Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner stellte fest, dass der Antrag auf Verweisung in den Finanzausschuss vom Antragsteller zurückgezogen wurde und brachte den Antrag der Fraktion Bürgerliste/Die Grünen zur Abstimmung.

Der Antrag der Fraktion Bürgerliste/Die Grünen wurde in dem schriftlich ausgereichten Wortlaut mehrheitlich angenommen.

Abstimmungsergebnis: 25:09:06

Es wurde festgestellt, dass der Ursprungsantrag mit der Bestätigung des Änderungsantrages ausgeschlossen ist und somit keiner weiteren Abstimmung bedarf.

12. Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde beendet.

Dessau-Roßlau, 04.10.10

Dr. Stefan Exner
Vorsitzender Stadtrat

E. Baumer
Schriftführerin